

Protokoll
Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
09.04.2015 (letzte Sitzung: 09.03.2015)

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal	
Beginn	12:05 Uhr 13:31 Uhr	
TeilnehmerInnen Vorstandsmitglieder:	Kaske Präs (Vorsitz) Blauensteiner VP Kniezanrek VP Stein VP Steinkellner VP Anderl Brantner Fetik Foglar Ledwinka Rudolph Suchl Teiber Zweiler Pörtl Rasch Rösch Schütz Paiha	(entschuldigt) (entschuldigt) (entschuldigt) (entschuldigt) (entschuldigt) (entschuldigt) (entschuldigt) (entschuldigt)
Beratend	Muhm Dir Aschauer-Nagl BL Ficzko BL Kubitschek BL Kundtner DirStv Trenner BL	(entschuldigt) (entschuldigt)
Vom Büro	Stockerer(Betriebsrat) Fassler Marcon (Betriebsrat) Mitterlehner Mulley (Protokoll)	(entschuldigt) (entschuldigt)

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 09.04.2015

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.03.2015

2 Beschlüsse

- 2.1 Subventionen 2015
- 2.2 Zuwendung nach § 6 AKG – ÖGJ Jugendsporttag 2015
- 2.3 Änderungen in den Fachausschüssen
- 2.4 Einrichtung eines neuen Fachausschusses „ArbeiterInnen im Handel und Transport“ Gew VIDA
- 2.5 Aufnahme in den 13. Lehrgang der BetriebsrätInnen-Akademie - BRAK

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten – Kaske

3.2 Bericht des Direktors – Muhm

- 3.2.1 Aktueller Bericht

3.3 Beratung – Trenner

- 3.3.1 Mobbingberatung AK Wien
- 3.3.2 Aktueller Bericht

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

- 3.4.1 Veranstaltung „Schule braucht PartnerInnen“
- 3.4.2 Rechnungshofbericht Schulversuche
- 3.4.3 Gratsnachhilfe in Wien – Förderung 2.0
- 3.4.4 Ausbildung bis 18
- 3.4.5 AK Bildungsgutschein – Neue Schwerpunkte
- 3.4.6 Wiener Linien
- 3.4.7 Entwurf Masterplan Partizipation
- 3.4.8 Kosten von Hypothekarkrediten
- 3.4.9 Inkassobüros
- 3.4.10 Aktueller Bericht

3.5 Information - Ficzko

- 3.5.1 AK Studie: Frauen Management Report 2015
- 3.5.2 AK Unternehmensmonitor: Unternehmen finanziell gut gerüstet
- 3.5.3 Aktueller Bericht

3.6 Soziales – Kundtner

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – März 2015 →Tischvorlage
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – Februar 2015
- 3.6.3 Arbeitsmarktanalyse – Arbeitsmarkt im Fokus
- 3.6.4 Offen Gesagt 2014 – Dialogforum für Wiener Arbeitsuchende
- 3.6.5 WIFO: Mittelfristige Arbeitsmarktentwicklung und Maßnahmenvorschläge für Österreich
- 3.6.6 Integration von AsylwerberInnen aus Syrien
- 3.6.7 ExpertInnentagung: Normenausschuss – Streikrecht
- 3.6.8 Veranstaltung
- 3.6.9 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

- 3.7.1 Die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich
- 3.7.2 Die flächendeckende Lkw-Maut und Lebensmittelpreise
- 3.7.3 Neues Transparenzregister – Verbindliches Lobbyingregister in Planung
- 3.7.4 Veranstaltung AK Europa/ÖGB Europabüro: „20 Jahre EU-Beitritt – eine Erfolgsgeschichte?“
(10. März 2015, Brüssel)
- 3.7.5 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und gratuliert **Muhm** mit sehr netten Worten zum Geburtstag. Nachdem sich **Muhm** bedankt hat, ersucht Kaske um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 09.04.2015 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.03.2015

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.03.2015.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 09.03.2015 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Subventionen 2015

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Subvention für das Jahr 2015:

Zur Reduzierung der Subvention für den Dachverband für serbische Vereine in Wien merkt **Muhm** an, dass diese im Rahmen der neuen Subventionsstrategie gegenüber Dachverbänden zu sehen ist. Die reduzierte Subvention wird dem Verein - verbunden mit dem Hinweis - gegeben, dass er bei Erbringung von konkreten, für die AK relevanten Projekten weitere Förderungen bekommen kann.

Nr	Antragsteller	gefördert 2014	neuer Antrag 2015	Beschluss
1	Dachverband für serbische Vereine in Wien	€ 8.000,00	€ 8.000,00	€ 4.000,00
Angenommen <input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/> Mehrstimmig <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/>				

Auszahlung erfolgt: 50 % nach Beschluss, 50 % nach Abrechnung der Projekte

2.2 Zuwendung nach § 6 AKG – ÖGJ Jugendsporttag 2015

Auf Frage von **Schütz** nach der Finanzierung der ÖGJ-Jugendsporttage erklärt **Muhm**, dass diese – so wie in den letzten Jahren berichtet – von mehreren Sponsoren in einem ähnlichen Verhältnis mitfinanziert werden.

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Zuwendung nach § 6 AKG:

Nr	Antragsteller / Zweck	gefördert 2014	neuer Antrag 2015	Beschluss
1	ÖGJ (Jugendsporttag 2015)	15.000,00 €	15.000,00 €	15.000,00 €

→ einstimmig angenommen

2.3 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

FA Erwachsenenbildung, Erziehung, Gemeinwesen, Sozialarbeit (GPA-DJP)

Vorsitzender neu
Alexander MAGNUS (vorher Mitglied)

Vorsitzende ausgeschieden
Regina SEEMANN

Vorsitzende Stv. neu
Birgit IVANCSICS (vorher Mitglied)

Vorsitzender Stv. ausgeschieden
Karl DÜRTSCHER

Mitglieder neu
Martin PAKARINEN
Karin SAMER

Mitglieder ausgeschieden
Birgit IVANCSICS
Alexander MAGNUS

Ersatzmitglied neu
Karl DÜRTSCHER (vorher Vorsitzender-Stv.)

Ersatzmitglied ausgeschieden
Sabine Hausberger

FA Spengler, Kupferschmiede u. Karosseriebautechniker (PRO-GE)

Mitglieder neu
Edin KORJENIC
Marjan PANTIC

FA Berufskraftfahrer (gewerkschaftsübergreifend)

Ersatzmitglied neu
Heinz DENK

Ersatzmitglied ausgeschieden
Robert KOWARSCH

→ einstimmig angenommen

2.4 Einrichtung eines neuen Fachausschusses „ArbeiterInnen im Handel und Transport“ Gew VIDA

Die Gewerkschaft VIDA ersucht um Einrichtung eines neuen Fachausschusses „ArbeiterInnen im Handel und Transport“, um auch in diesem Bereich eine bestmögliche Betreuung der ArbeitnehmerInnen hinsichtlich der Schwerpunkte der Berufsbilder, branchenbezogene ArbeitnehmerInneninformation, Planung und Durchführung von Schulungs- und Weiterbildungsangeboten und die Ausarbeitung tragfähiger Gender-Konzepte in den betroffenen Bereichen zu gewährleisten.

Entgegen der von der Wirtschaftsseite permanent geforderten Änderungen und Ausweitungen der Berufsfelder und Tätigkeitsbereiche ohne entsprechende Ausbildungsmaßnahmen soll der Kampf um höhere Qualifikationen durch dieses Gremium abseits und außerhalb der gewerkschaftlichen

Lohnverhandlungen geführt und eine überbetriebliche Plattform gebildet werden. In regelmäßigen Fachausschuss-Sitzungen soll mit den BetriebsrätInnen beraten werden.

Beschluss:
Der Vorstand beschließt gemäß § 58 Arbeiterkammergesetz die Einrichtung eines neuen Fachausschusses „ArbeiterInnen im Handel und Transport“ ab 01.05.2015. Die Zusammensetzung des neuen Fachausschusses - sowie dessen finanzielle Dotation - wird in einer der nächsten Sitzungen des Vorstands der AK Wien beschlossen.
→ einstimmig angenommen

2.5 Aufnahme in den 13. Lehrgang der BetriebsrätInnen-Akademie - BRAK

Auf Grund der Ergebnisse der Aufnahmegespräche und nach Rücksprache mit den Gewerkschaften werden folgende Kolleginnen und Kollegen als TeilnehmerInnen für den 13. Lehrgang der BetriebsrätInnen-Akademie 2015 nominiert.

BAMBERGER	Michael	BRV-Stv	göd	KHM-Museumsverband	1
BRÖCKL	Thomas	PV	gpf	A1-Telekom AG	2
BRUNOVSKI	Ingeborg	BRV	gpa	Kuratorium Wr. Pensheime.	3
GRABNER	Thomas	BRV-Stv	gpa	HV d.Sozvers.	4
HACKL	Daniel	BR	vida	Grünes Kreuz	5
HÄRTL	Bettina	BRV	gpa	Ibis acam	6
KAIBLINGER	Josef	BR	proge	Wien Energie	7
KANDLER	Gerlinde	BRV-Stv	gpa	WGKK	8
KAPF	Martin	BR	vida	ÖBB	9
KONRAD	Milan	BRV	gpa	Verein Wr. Jugendzentr.	10
NIERNSEE	Eduard	BRV	göd	Agentur f. Gesundheit	11
PEWETZ	Michael	BRV	gpa	Raiffeisen	12
PFEIFFER	Christian	PV	gpf	A1-Telekom AG	13
PLATZKY	Saskia	BR	vida	Orthop. Spital Speising	14
PRINZ	Renate	BRV	vida	Sanat. Maimonides	15
STEER	Harald	BRV-Stv	gpa	Anton Proksch Inst.	16
STÖCKL	Doris	BRV-Stv	vida	KH-Göttl. Heiland	17
VODERA	Gerhard	BR	gdg	Wr. Linien	18
WEISGRAM	Michaela	BR	vida	KH-Göttl. Heiland	19
WURZINGER	Roland	BR	vida	ÖBB	20
ZANT	Christian	BRV	gpf	Post	21
ZIEHENGASER	Christian	BR	gpa	Bit-Schulungcenter	22
ZORTEA	Uschi	BRV	gpa	Asfinag	23

→ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten

Kaske gibt ausgehend von der Nachricht, dass nun auch in der USA die Bedenken Österreichs über das geplante Handels- und Investitionsschutzabkommens TTIP ernst genommen werden, und dem Versprechen, dass die Kritik der AK an diesem sowie an den TISA und CETA Abkommen (etwa bzgl. Kernarbeitsnormen, intern. Schiedsgerichte, Auswirkungen auf die Beschäftigung etc.) aufrecht bleiben, einen umfangreichen politischen Bericht über die Ereignisse der letzten Wochen.

Wenn auch die Steuerabkommen mit der Schweiz und Liechtenstein nicht so viel eingebracht haben wie erwartet wurde, so waren sie doch ein Erfolg, zumal es nun einen automatischen Informationsaustausch gibt, der durch das Fallen des Schweizer Bankgeheimnisses 2017 weitere Informationen über Steuerflüchtlinge erwarten lässt.

Österreich hat - wie der Präsident auf Grund einer Arbeitsmarktanalyse über das 2. Halbjahr 2014 berichtet - eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten im EU-Vergleich, aber die Arbeitsmarktlage verschlechtert sich. Die Zahl der Arbeitslosen steigt stark an, die Dauer der Arbeitslosigkeit erhöht sich, die materielle Lage der Arbeitslosen verschlechtert sich zusehends: Immer mehr sind auf Notstandshilfe angewiesen. Nur ein Drittel der Arbeitslosen findet rasch wieder Arbeit und ist in Summe nicht lange von Arbeitslosigkeit betroffen. Ältere, junge Erwachsene und Personen mit maximal Pflichtschulabschluss haben auf dem Arbeitsmarkt deutlich schlechtere Karten: Die Situation der Altersgruppe „55+“ bleibt schwierig – hier lag die Arbeitslosenquote im zweiten Halbjahr 2014 bei 10,1 Prozent. Darüber hinaus geht die Anzahl der Vollzeit-Arbeitskräfte zu Gunsten eines Anstiegs der Teilzeitarbeitskräfte zurück, womit auch die Gesamterwerbsquote etwas gesunken ist. Angesichts dieser Tatsachen darf in der aktiven Arbeitsmarktpolitik – besonders bei diesen Arbeitsmarktbedingungen – nicht gespart werden. Geht es nach dem momentan gültigen Budgetvoranschlag, stünden der aktiven Arbeitsmarktpolitik bereits ab dem Jahr 2017 nur mehr 879 Mio Euro zur Verfügung, das wäre ein Minus gegenüber dem heurigen Jahr von 220 Mio Euro. Diese massiven Einsparungen wären mit Sicherheit das falsche Rezept gegen die Rekordarbeitslosigkeit. Der Finanzminister muss zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mehr Geld zur Verfügung stellen, fordert **Kaske**. Die Analyse und die Forderungen der AK zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist in <http://wien.arbeiterkammer.at/arbeitsmarktinfokus> downzuladen. In diesem Zusammenfragt fragt sich der Präsident, ob die Statistik Austria mit ihren neuen Berechnungsmethoden (für 2014 ergibt dies statt einer Arbeitslosenquote von 5,0 nun 5,6) unbedingt EU-Musterschüler sein muss, zumal Deutschland z.B. noch nach der alten Methode berechnet.

In der Regierungsklausur vom 23./24. 3. 2015, in welcher u.a. die Gegenfinanzierung der Steuerreform Thema war, wurde vereinbart diese durch eine Verwaltungsreform und weitere Maßnahmen konkret in Angriff zu nehmen. Aus diesem Grund plant die Bundesregierung zu einem "Reformdialog Verwaltungsvereinfachung" am 23. Juni 2015 einzuladen. Gemeinsam getragene Reformmaßnahmen sollen die Qualität und Steuerung der Verwaltung weiter verbessern, Verwaltungskosten senken und dadurch Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen von bürokratischen Barrieren befreien. **Kaske** betont, dass die AK sehr genau die geplanten Maßnahmen verfolgen wird, damit es zu keinem "Kahlschlag für die ArbeitnehmerInnen" kommt.

Kaske bedankt sich bei allen für den gemeinsam mit dem ÖGB errungenen Erfolg der Kampagne "Lohnsteuer runter". Die Steuerreform ist mit einem Volumen von fünf Milliarden Euro die größte aller Zeiten und bringt eine spürbare Entlastung vor allem für kleinere und mittlere Einkommen, weil fast

der gesamte Tarif zur Gänze den ArbeitnehmerInnen zugutekommt. Dieser Erfolg, der gemeinsam mit dem ÖGB erzielt wurde, der österreichweit 882.184 Unterschriften für eine Senkung der Lohnsteuer gesammelt hat, kann sich wahrlich sehen lassen, auf ihn darf die AK zu Recht stolz sein. Es darf erwartet werden, dass die Steuerreform auch entsprechende Konjunkturreffekte bringen wird. Denn endlich wird den Menschen mehr Geld im Börsel bleiben. Denn durch die Steuerreform wird der private Konsum belebt, der ja als wichtige Stütze der Konjunktur gilt. Und diesen Treiber kann Österreichs Wirtschaft angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen mehr als gut gebrauchen.

Im Zusammenhang mit der medialen Kampagne der WKÖ gegen die vereinbarte Registrierkassenpflicht (eine Kampagne, die auch im Rahmen der WK-Wahlen zu sehen ist) verweist der Präsident auf die ohne Proteste eingeführte Registrierkassenpflicht in Portugal. Und all jenen, die weiterhin gegen Vermögenssteuern sind, muss vor Augen gehalten werden, dass in Österreich rd. €138 Mrd in Besitz von Millionären sind, die übrigens allein im Jahr 2014 um rd € 8 Mrd reicher geworden sind. "Zum Verteilen ist somit genügend vorhanden!", resümiert **Kaske**.

Weiter erwähnt der Präsident, dass sich die Wiener Handelsangestellten klar und deutlich gegen eine Sonntagsöffnung ausgesprochen haben, auch wenn das Ergebnis - völlig ungerechtfertigt - von der WK Wien angezweifelt wird.

Mit Bedauern muss festgestellt werden, dass die WK weiterhin Verhandlungen über ein Bonus-Malus-System für Betriebe bzgl. der Einstellung älterer AN blockiert. Dies wird deshalb auch Thema auf Sozialpartner-Präsidentenebene sein.

Um die Beschäftigungschancen gerade auch von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu erhöhen, ist es notwendig bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Bestbieterprinzip einzuführen. Eine Bestbietervergabe im Baubereich ist ein wichtiger Schritt. Aber dabei darf es nicht bleiben: Gerade bei der Vergabe von Aufträgen im öffentlichen Verkehr bei Busverkehren beobachtet die AK seit geraumer Zeit einen harten Verdrängungswettbewerb, der viel zu oft auf Kosten der Unternehmen geht, die ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen oder fair bezahlen. Die Berücksichtigung von Sozialkriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist generell überfällig, betont der Präsident, denn es kann nicht angehen, dass mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Aufträge vergeben werden, die unser gutes Lohn- und Sozialgefüge systematisch untergraben.

Kaske berichtet, dass am 7. April eine von der AK gemeinsam mit SORA erstellte "Wiener Jugendstudie" vorgestellt wurde. 97 % der jungen WienerInnen leben gerne oder sehr gerne in ihrer Stadt und doch gibt es Defizite vor allem bei Arbeit und Wohnen. Junge Wiener und Wienerinnen im Alter von 15 bis 30 Jahren haben eine hohe allgemeine Lebenszufriedenheit, sind aber auch Risiken ausgesetzt. Viele arbeiten Teilzeit, befristet oder mit Überqualifizierung und leben in kleinen, oft teuren Wohnungen. Es gibt aber auch eine Gruppe junger Menschen, die Wien nicht so lässig sieht: Betroffen seien vor allem Frauen, junge Migranten und Personen, die maximal einen Lehrabschluss oder weniger vorzuweisen haben. Diese Gruppen hätten oft keine gut bezahlte Arbeit, eine schwierige Wohnungssituation und wenig Geld für Freizeitaktivitäten. Deshalb sind Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt notwendig. Vor knapp zehn Jahren hätten in Wien noch 4.400 Unternehmen Lehrlinge ausgebildet, 2013 waren es nur noch 3.800, betont der AK-Präsident, der damit dem Facharbeitermangel-Vorwurf der Wirtschaft kontert. Praktikantenjobs müssten außerdem klar begrenzt sein und die Situation von jungen Migranten, die oft unterbezahlt und überqualifiziert seien, solle verbessert werden, betont **Kaske**. Deshalb soll es auch bei Wohnungen Befristungen nur noch geben, wenn der Vermieter Eigenbedarf für sich, seine Kinder oder Enkel geltend macht. Maklerkosten sollte der Auftraggeber bezahlen, zudem seien wirksame Mietobergrenzen notwendig. Leistbares Wohnen bleibe weiterhin ein ganz zentrales Thema der AK. Mit der Forderung nach einer Ausbildungs-offensive für junge Menschen und den Hinweis auf den Kulturauftrag der AK, der mit der "Mira Lobe"-

Ausstellung im Wien Museum einmal mehr von über 55.000 BesucherInnen honoriert wurde (die Kinder bekamen von der AK ein Buch gewidmet) schließt der Präsident seinen umfassenden Bericht.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors - Muhm

Muhm ladet einleitend alle Vorstandsmitglieder zu der heute stattfindenden Dachgleichenfeier des Neubaus Plößlgasse 2 ein und bemerkt, dass der Bau des Hauses sowohl terminlich wie auch finanziell im vorgegeben Rahmen ist.

Bezugnehmend auf die Anfragen in der letzten Vorstandssitzung teilt der Direktor mit, dass der Krankenpflegeball der GdG keine Subvention erhält. Da aber für die AK eine gut sichtbare Präsenz für die wichtige Gruppe der Beschäftigten in Gesundheits- und Pflegeberufen sehr relevant ist, wurde für die AK „Logopräsenz“ auf allen Plakaten, auf der Webseite, in den Inseraten in Mitgliederzeitschriften (Gesamtauflagen 190.000 Stück), in der Ballbroschüre, auf der Ball-Videowall vereinbart und die AK ist mit einem Transparent auf dem Ball präsent. Die Kosten für diese Präsenz betragen 2.200 Euro brutto.

Die Initiative „Erbschaften besteuern“ ist eine private Initiative, die aus einer Internetplattform www.erbschaften-besteuern.at besteht, und von einer Gruppe von unabhängigen WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Institutionen gegründet wurde. Die Plattform ist nicht als Verein organisiert und verfügt daher auch nicht über ein Budget. Nachdem sich ihre Forderung inhaltlich mit der Position der AK deckt, hat die AK daher die Insertion der Plattform mit insgesamt rund 41.000 Euro (brutto) unterstützt. Wie der Präsident in seinem Bericht gesagt hat, bleibt die Forderung auf der TO der AK.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.3 Beratung – Trenner

Trenner bemerkt einleitend, dass Mobbing und Bossing seit Jahren Themen in der arbeitsrechtlichen Beratung sind und informiert, dass bereits 2002 erstmalig ein Kooperationsvertrag mit dem Verein „Work & People“ abgeschlossen wurde. Bei „Work & People“ wird den Ratsuchenden eine speziell von PsychologInnen durchgeführte Beratung angeboten. Die AK Wien stellt den betroffenen Personen einen Gutschein für diese Beratung aus. Die Mitglieder haben somit die Möglichkeit, fachlich kompetente Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die langjährige Erfahrung zeigt, dass regelmäßig weit mehr Gutscheine ausgestellt werden, als tatsächlich in Anspruch genommen werden. 2014 wurden insgesamt 337 Mobbinggutscheine ausgegeben, davon wurden 122 Gutscheine/Beratungen bei „Work and People“ eingelöst/bzw in Anspruch genommen. Es zeigt sich jedoch, dass die Beratungsgespräche oft Wochen nach der Ausstellung in Anspruch genommen werden. Insgesamt stellt die Mobbingberatung eine Ergänzung zur arbeitsrechtlichen Beratung in einem geringen einstelligen Prozentbereich (ca 1 %) des Gesamtberatungsrahmens dar.

Nachdem **Schütz** einige spezifische arbeitsrechtliche Fragen stellt, ersuchen **Trenner** und der Protokollführer diese per Mail zu senden, damit sie entsprechend eingehend beantwortet werden können.

(Anm. Schütz wurde per Mail vom 10.04. gebeten die genauen Fragen bekannt zu geben.)

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl berichtet, dass am 24. Februar 2015 im AK-Bildungszentrum das erste Speeddating „Schule braucht PartnerInnen“ mit über 100 LehrerInnen und 30 Speeddating PartnerInnen stattfand. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem Verein wienXtra-Schulevents der Stadt Wien und dem Stadtschulrat für Wien geplant und durchgeführt. Zum Rechnungshofbericht „Schulversuche“ stellt die Bereichsleiterin fest, dass die Vorschläge des Rechnungshofs zur besseren Nutzung des Schulversuchswesens als Instrument für Schul- und Organisationsentwicklung von der AK positiv bewertet werden. Dazu zählen: einheitliche und qualitativ bessere Ausformulierung von Schulversuchsanträgen (messbare Ziele), objektive Beurteilung der Zielerreichung und eine evidenzbasierte Übernahme in das Regelschulwesen.

Die Bereichsleiterin informiert über die Gratisnachhilfe in Wien „Förderung 2.0“. Die neuen Förderkurse an Pflichtschulen unterstützen seit Herbst 2014 SchülerInnen, die Hilfe beim Lernen und bei den Hausaufgaben brauchen. Die Gratis-Nachhilfe an Wiener Schulen startete im Herbst 2014 an den Volksschulen. Mit Beginn des Sommersemesters im Februar 2015 wurde sie auf Neue Mittelschulen und Allgemeinbildende höhere Schulen (AHS) ausgeweitet. Dort gibt es eine enge Kooperation mit den Volkshochschulen. Nach Einschätzung der AK handelt es sich um eine sinnvolle Maßnahme: Einerseits werden Eltern von Nachhilfekosten entlastet, andererseits werden jetzt wohl auch Kinder dieses neue Angebot in Anspruch nehmen, deren Eltern bisher keine Nachhilfe finanziert haben bzw. finanzieren konnten. Das ist sicherlich ein Beitrag für bessere Chancen für die Zielgruppe, also in erster Linie für sozial benachteiligte Kinder. Allerdings sollte es nach Ansicht der AK Aufgabe und Handlungsfeld bleiben, eine Schule ohne den Bedarf an Nachhilfe zu erreichen. Dies kann beispielsweise in ganztägigen Schulformen und mit mehr individueller Förderung gelingen. Die dann nicht mehr für die Nachhilfe benötigten Mittel könnten in den Ausbau der Schulsozialarbeit umgeschichtet werden.

Weiters gibt die Bereichsleiterin - nicht zuletzt in Hinblick auf eine frühere Anfrage von **Paiha** - bekannt, dass seit Herbst 2014 bereits die ersten Arbeitsgruppen – unter Einbindung der Sozialpartner – zum Thema „Ausbildung bis 18“ tagen, um Konzepte und Lösungen für das im Regierungsübereinkommen erklärte Ziel zu finden. Am 30.1.2015 fand die Auftaktveranstaltung zur „Ausbildung bis 18“ statt. Ein Konsens in den Statements der PolitikerInnen bestand darin, dass die „Ausbildung bis 18“ ein wichtiges Unterfangen sei und dabei vorrangig das Ziel verfolgt werden solle, den Anteil der Jugendlichen in der betrieblichen Lehre zu erhöhen.

Aschauer-Nagl informiert weiters über die neue Schwerpunktsetzung beim "AK Bildungsgutschein". Der AK Wien Bildungsgutschein wurde 2002 eingeführt, um den AK Mitgliedern den Zugang zur Weiterbildung zu erleichtern und ihnen ein Startkapital für ihre persönliche Weiterbildung zu bieten. Den AK Wien Bildungsgutschein haben seit seiner Einführung über 124.000 Personen eingelöst. Die letzte Schwerpunktänderung fand 2012 statt. In Anpassung an neue Entwicklungen sind einige neue Themenbereiche sowie im Bereich der Sprachen eine Reduktion auf Deutsch, Englisch und die Gebärdensprache ab Herbst 2015 festgelegt worden.

Für **Paiha** ist es nicht erklärlich, warum angesichts der Sprachenvielfalt innerhalb der EU und der dadurch bedingten Notwendigkeit innerhalb der EU die Kommunikation zu fördern nun im Bildungsgutschein eine Beschränkung auf Deutsch, Englisch und die Gebärdensprache vorgenommen wurde. **Aschauer-Nagl** erklärt, dass es um eine Effizienzsteigerung des Bildungsgutscheins geht, um künftig verstärkt Projekte durchzuführen und finanziell zu unterstützen, die dazu beitragen, möglichst vielen Jugendlichen die AK und ihre Aufgaben als Interessenvertretung bekannt zu machen und den Nutzen einer künftigen Mitgliedschaft hervorzuheben. Darüber ist es

angesichts der Verbreitung von Englisch und der Verwendung von Englisch als international grenzüberschreitende zentrale Kommunikationssprache gerechtfertigt, sich im Bereich der Sprachförderung durch den Bildungsgutschein auf Englisch zu konzentrieren, zumal dadurch nicht nur die Unterhaltung, sondern auch das Verstehen etwa von (in Englisch abgefassten) IT-Programmen, Internetseiten, Gebrauchsanweisungen, Geschäftsbriefen u.ä. eine notwendige Förderung erfährt.

Kommunalpolitisch verweist **Aschauer-Nagl** auf den schriftlichen Bericht über die "Wiener Linien" und stellt fest, dass der anhaltende Trend hin zum Öffentlichen Verkehr sehr positiv zu beurteilen ist. Die Beibehaltung des günstigen Jahreskartentarifs wird seitens der AK ausdrücklich begrüßt und stellt für die Wiener ArbeitnehmerInnen eine Erleichterung hinsichtlich des Kostenaufwands für den Arbeitsweg dar. Zum "Entwurf eines Masterplans Partizipation" merkt die Bereichsleiterin an, dass die AK die Entwicklung transparenter Richtlinien und Qualitätsstandards für Beteiligungsprozesse begrüßt. Jedoch ist an dieser Stelle anzumerken, dass die standardisierte Vorgehensweise entlang quantitativer Maßzahlen nicht immer sinnvoll sein muss. Grundsätzlich sollte gefragt werden, warum und ob BürgerInnenbeteiligung bei einem Projekt sinnvoll ist und welche Ziele damit verfolgt werden.

Für den Bereich des Konsumentenschutzes weist **Aschauer-Nagl** darauf hin, dass das Thema Hypothekarkredite insofern auch für die AK bedeutsam ist, weil derzeit eine EU-Richtlinie über Hypothekarkredite in nationales Recht umgesetzt werden soll. Die Umsetzungsfrist der Richtlinie ist der März 2016. Die AK wird ihre Forderungen in den Verhandlungs- bzw. Gesetzgebungsprozess einbringen. Weiters muss leider festgestellt werden, dass die Inkassokosten ein Dauerthema in der Konsumentenberatung darstellen. Viele KonsumentInnen beschwerten sich über Inkassoforderungen, weil die verrechneten Kosten unübersichtlich sind und zu hoch erscheinen. Oft lassen sich KonsumentInnen unter Druck setzen und zahlen überhöhte und nicht nachvollziehbare Kosten an Inkassobüros, die durchaus den eingemahnten Betrag übersteigen können. Die AK wird ihr "Schuldenschutzpaket" in die zukünftige Behandlung des Themas durch die Bundesregierung einbringen.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Ficzko

Ficzko berichtet einleitend, dass die AK Wien bereits seit zehn Jahren den sogenannten „Frauen.Management.Report“ erstellt, der die Repräsentanz von Frauen an der Unternehmensspitze (Geschäftsführung und Aufsichtsrat) untersucht. Und das Ergebnis lässt sich so zusammenfassen: Vorstandspositionen befinden sich nach wie vor fast ausschließlich in Männerhand, in den Aufsichtsräten sieht die Situation besser aus – Anlass zum Jubeln gibt es aber auch angesichts der Zahlen für die Kontrollgremien nicht. http://media.arbeiterkammer.at/PDF/AK_Frauen_Management_Report_2015.pdf

Weiters macht der Bereichsleiter auf den "AK Unternehmensmonitor" aufmerksam. Untersucht wurden die Jahresabschlussdaten für das Wirtschaftsjahr 2013 von 1.370 Unternehmen. Unternehmer dürfen sich weiter über zweistellige Renditen freuen. http://media.arbeiterkammer.at/PDF/AK_Unternehmensmonitor_2015.pdf

Ficzko berichtet weiters, dass 17 Lehrlinge der Berufsschule für Baugewerbe Wien in einem gemeinsamen Projekt mit dem Fachausschuss Pflasterer der AK Wien das Jugenddenkmal in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen im März 2015 renoviert haben. Das Jugenddenkmal wurde auf Initiative des Mauthausen-Komitee Österreich und der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen im Jahr 2001 zur Erinnerung an Kinder und Jugendliche, die im KZ Mauthausen inhaftiert waren,

errichtet. Die Renovierungsarbeiten fanden in Zusammenarbeit mit der Innung der Wiener Pflasterer von 16. bis 18. März 2015 statt. Der Fachausschuss der Wiener Pflasterer dankt der AK Wien herzlich für die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel (€ 15.000,-), die zur Realisierung dieses Projekts erforderlich waren.

Abschließend informiert der Bereichsleiter über die diesjährigen SOZAK-Projektarbeiten. Die Projektarbeiten waren Aufträge verschiedener Gewerkschaften (v.a. von der GPA-djp), jede Gruppe hatte einen fachlichen Betreuer/in. Die offizielle Präsentation der SOZAK-Projekte findet am SOZAK-Abschlussstag, dem 25. Juni 2015 nachmittags statt. Die Produkte können von den Gewerkschaften jederzeit bestellt werden. Großartig ist, dass es zwei Projektarbeiten (Lohn- und Sozialdumping sowie Change Management) gibt, die länderübergreifend mit Studierenden der Europäischen Akademie der Arbeit in Frankfurt/Main erstellt wurden. Zu diesem Zweck waren die 6 deutschen TeilnehmerInnen einmal für 5 Tage für Arbeiten in Wien und unsere 6 TeilnehmerInnen einmal für 5 Tage (auch übers Wochenende) in Frankfurt am Main. Die Seminarunterlage der länderübergreifenden Arbeit „Lohn- und Sozialdumping“ wird bereits auch in Deutschland eingesetzt. Eine deutsche Kollegin dieser Projektgruppe wurde bereits von der Gewerkschaft IG Metall (Verwaltungsstelle Unna) gebeten, das Projekt vor BetriebsrätInnen und Vertrauensleuten zweier regionaler Leitbetriebe (Willfort und Kettler) vorzustellen bzw. die Inhalte zu referieren.

Weiters berichtet **Ficzko**, dass die SOZAK-TeilnehmerInnen von 13. April bis 8. Mai 2015 auf Europapraktikum in 8 verschiedenen Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Norwegen, Schweden, Schweiz und Türkei) sind. Besondere Highlights der heurigen Praktika sind sicher, dass die SOZAK-TeilnehmerInnen in einigen Ländern vom Österreichischen Botschafter im jeweiligen Staat empfangen werden (z.B. in Dänemark, England, Norwegen oder Schweden) und es auch zu Gesprächen mit ORF-AuslandskorrespondentInnen kommt (z.B. mit Peter Fritz in Brüssel). Die Präsentation der Europapraktika-Ergebnisse erfolgt am 20. Mai 2015 ab 14:00 Uhr im BIZ

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner (i.V. Muhm)

Muhm verweist auf die schriftlichen Unterlagen und ersucht um etwaige Fragen, die protokolliert und an Kollegin **Kundtner** zur Beantwortung weitergeleitet werden.

Paiha nimmt Bezug auf den schriftlich vorliegenden Bericht 3.6.7 ILO Normenausschuss – Streikrecht. Darin ist auch ein "Paket" erwähnt und der Hinweis darauf, dass diesbezüglich Achtsamkeit angezeigt ist. Sie würde gerne wissen, was dieses "Paket" beinhaltet."

(Anm. d. Prot.: Die Frage wurde am 13.4.2015 per Mail beantwortet)

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Kubitschek (i.V. Muhm)

Muhm verweist auf die vom Bereich vorgelegten schriftlichen Unterlagen und geht auf das Vorhaben der EU-Kommission noch in diesem Jahr einen Vorschlag für ein verbindliches Lobbyingregister zu machen ein. Es war bereits ein Erfolg auf die Proteste von BAK, Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft und der EU-BürgerInnenbeauftragten, dass die EU-Kommission Anfang des Jahres ein überarbeitetes

Lobbyingregister veröffentlichte. Die registrierten Organisationen müssen nunmehr bekanntgeben, ob und in welchen EU-Strukturen und Plattformen sie teilnehmen. Dies betrifft hochrangige Gruppen, Beratende Ausschüsse und Sachverständigengruppen in der EU-Kommission sowie Intergruppen und Branchenforen im EU-Parlament. Darüber hinaus wird nun mehr Transparenz geschaffen, wieviel Personal für EU-Lobbying eingesetzt wird. Neu anzugeben ist auch, in welchen Organisationen und Vereinigungen man Mitglied ist bzw welche Mitglieder die eigene Organisation hat. Damit wird es möglich, einen besseren Einblick darüber zu gewinnen, wie und in welchem Umfang Unternehmen vernetzt sind beziehungsweise wer für wen Interessen vertritt. Bis zum 27. April 2015 müssen die Angaben von allen Organisationen, die im Transparenzregister eingetragen sind, aktualisiert werden. Eine weitere Konsequenz aus den Protesten von Gewerkschaft und Zivilgesellschaft ist, dass die Juncker-Kommission noch in diesem Jahr einen Vorschlag für ein verbindliches Register vorlegen will. Das Register soll für EU-Kommission, Rat und EU-Parlament Anwendung finden. Das wäre auch ein sehr großer Erfolg der Tätigkeit des "Europa Büros" der BAK.

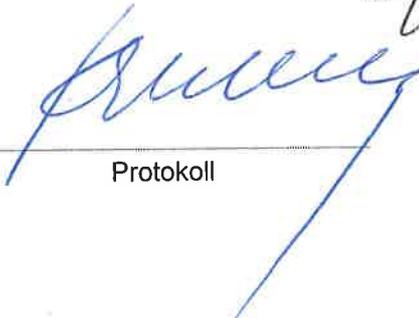
→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

4 Allfälliges

Auf das Ersuchen von **Schütz** die regelmäßig dem Vorstand bekannt gegebenen Arbeitsmarkt-Daten genauer und detaillierter aufzuschlüsseln, antwortet **Kniezanrek**, dass dies das Büro nur zusätzlich belasten würde, zumal die entsprechende Aufschlüsselung der Daten nach Regionen, Alter, etc. ohnehin jederzeit auf der Homepage des AMS (www.ams.at) abrufbar ist.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Kaske** die Sitzung um 13:31 Uhr.


Der Präsident


Protokoll


Der Direktor